

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage zweimal, am Montage nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Gerbervasse 2) und auswärts bei allen königl. Postanstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. auswärts 1 Thlr. 20 Sgr.  
Inferate nehmen an: in Berlin: A. Retemeyer, Kurstraße 50.  
in Leipzig: Heinrich Hößner, in Altona: Haasestein u. Vogler,  
in Hamburg: J. Türlheim und J. Schneberg.

# Danziger



# Zeitung.

## Amtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allernäbigst geruht: Den außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Brüssel, Kammerherrn v. Savigny, zum Wirklichen Geheimen Rath mit dem Prädicate „Excellenz“ zu ernennen; und

dem bisherigen Landrath des Kreises Wreschen, Emil Hermann Gustav Freymark, das erledigte Landratsamt des Kreises Wirsitz (Regierungsbez. Bromberg) zu verleihen.

## (B.C.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Cassel, 21. Januar. In der heutigen Ständesitzung wurde nach lebhafter Debatte der Detker'sche Antrag auf formelle Besetzung der wichtigsten, seit dem 4. September 1850 erlassenen provisorischen Gesetze und Verordnungen einstimmig angenommen. Der Landtags-Commissarius ertheilte in dieser Beziehung beruhigende Batajnen.

Von Brüssel, 21. Januar, wird entgegen einer früheren Nachricht, telegraphirt: Wie in hiesigen so oft gut unterrichteten Kreisen versichert wird, stände der Herzog von Coburg nach verschiedenen Unterredungen mit dem Könige von der griechischen Candidatur ab und hätte seine Weigerung durch eine Depesche nach England kundgegeben. Der Herzog hat Brüssel bereits wieder verlassen.

Paris, 20. Januar. Die Deputirtenkammer hat die Adresscommission ernannt und besteht dieselbe aus folgenden Mitgliedern: André, Cassagnac, Clebsat, Massia, Dumiral, Mariani, Larrabure, Schneider, Bernier.

Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Rom vom 19. d. hatte Saldanha an denselben Tage sein Beglaubigungsschreiben als portugiesischer Botschafter übergeben.

Die Tiber war in Rom aus ihren Ufern getreten und hatte verschiedene Stadttheile überschwemmt.

Paris, 20. Januar. Eine Denkschrift der päpstlichen Regierung über die beabsichtigten Reformen ist hier eingetroffen und wird ehestens veröffentlicht werden. Es ist ungenau, daß die französische Regierung die Freilassung der Fürstin Barberini gefordert habe.

Die „France“ will wissen, daß den Veränderungen des Ministeriums in Konstantinopel die Absicht zum Grunde liege, der Armee und Flotte eine große Entwicklung zu geben. Gegenüber dieser Haltung des Sultans werde Russland seine Armee im Kaukasus vermehren, wo man wichtige militärische Ereignisse erwarten.

Paris, 21. Januar. Der „Moniteur“ sagt in dem Bulletin: Die Nachricht von dem Einzuge der Franzosen in Puebla beruht auf einer Depesche, die auf der Börse in Boston angeschlagen gewesen; sie trägt nicht den Charakter unbestreitbarer Wahrheit, es ist aber nicht wahrscheinlich, daß sie ohne Grund.

Triest, 20. Januar. Die Zeitungen aus Corfu vom 17. d. widersprechen entschieden der Behauptung, daß die Zouani die Vereinigung mit Griechenland nicht wollten; Demonstrationen in Corfu und Zante lieferten den deutlichen Gegenbeweis, und daß bisher nicht großartigere Kundgebungen stattgefunden, liege nur an dem Misstrauen, das man gegen die Absichten Englands hege.

Petersburg, 21. Jan. Die „Nordische Post“ veröffentlicht ein provisorisches Reglement über die Polizeiverwaltung. Die Polizeibehörden der Städte und der Landdistrikte werden vereinigt, mit Ausnahme einiger größerer Städte, die besondere Polizei-Commissariate behalten. Außerdem soll

len in jedem Gouvernement periodische Versammlungen von Polizeibeamten, die theils von der Regierung ernannt, theils von den Städten gewählt sind, stattfinden. Die definitive Polizeiordnung soll erlassen werden, wenn die Repräsentativkörper eingeführt sein werden.

## Deutschland.

+ Berlin, 21. Januar. In der Adressfrage hat gestern die Fraction der deutschen Fortschrittspartei beschlossen, den Adressentwurf, wie er aus der gemeinsamen Commission hervorgegangen ist, mit zwei nicht wesentlichen Änderungen anzunehmen und auf dieser Grundlage die gestern begonnenen Einigungsversuche mit den übrigen Fractionen des Hauses, außer der feudalen, fortzusetzen zu lassen. Die beiden erwähnten Änderungen bestehen in der Einfügung einer kurzen Erwähnung der reactionären Maßregeln gegen verfassungstreue Personen vom Militairstande und in der Aufnahme eines Schlusspasses, der die Rückkehr zu verfassungsmäßigen Zuständen betont. — Das linke Centrum hat sich ebenfalls für den Adressentwurf der gemeinsamen Commission erklärt, namentlich die Weglassung des gegen die sogenannte Actions-politik des Herrn v. Bismarck gerichteten Passus abgelehnt. Die Vertreter dieser Fraction sind beauftragt, die Einigungsversuche mit den andern Fractionen nach Kräften fortzuführen.

Heute sind die Verhandlungen zum Schluß geblieben. Mit den Vertretern der polnischen Fraction und des Centrums hat die Einigung nicht erzielt werden können; dagegen ist es sehr wahrscheinlich, daß der freie parlamentarische Verein dem vereinbarten Adressentwurf zustimmen wird. Der Adressentwurf ist jetzt als festgestellt zu erachten. Wegen einiger in den gemeinsamen Conferenzen beschlossenen unwesentlichen Änderungen wird heute Abend noch eine Schlusabstimmung in den Fractionen erfolgen müssen. Auch über die geschäftliche Behandlung der Sache wird heute Abend entschieden werden. Voraussichtlich wird der Adressentwurf morgen in das Haus eingebrochen werden.

Von den Budgetvorlagen liegt auch heute erst der kurze Haupttitel vor; alle Anlagen und Spezialteile fehlen noch, so daß die Budgetcommission auch jetzt noch nicht im Stande ist, ihre Arbeiten zu beginnen.

\* \* \* Berlin, 21. Januar. Über den Inhalt der von den beiden großen liberalen Fractionen des Abgeordnetenhauses projectierten Adressen an Se. Majestät den König ist bisher nur sehr Unbestimmtes an die Offenlichkeit gelangt; man kann daher auch noch kein bestimmtes Urtheil über denselben haben. Doch scheint nach neuesten Nachrichten in dem Entwurfe, der bisher die allgemeinste Zustimmung der Fraktionenmitglieder gefunden, nicht bloß, wie anfangs berichtet wurde, ausschließlich die Verfassungsfrage, sondern auch „die allgemeine Stimmung, die allgemeine Lage des Landes“ behandelt zu werden. Wenigstens muß man aus den Mittheilungen der Berliner Allgemeinen Zeitung, die da sagt, daß sie die Entwürfe kenne, darauf schließen. Die Eröffnungsrede des Ministerpräsidenten sowohl wie das übrige Verhalten der Regierung haben über die Lage unserer Verhältnisse nach dem 14. Januar kein neues Licht verbreitet. Sie ist ganz dieselbe wie vor dem Eröffnungstage. Man muß daher wünschen, daß das Abgeordnetenhaus bei der Entscheidung über den Inhalt einer an die Krone zu erlassenden Adresse diese Situation ganz klar im Auge behalte. Aus derselben ergibt sich aber, daß das Abgeordnetenhaus im Augenblick nur ganz positiv begründete Bedenken, über deren Thatbestand kein Zweifel obwaltet und

\*\* Berlin, 21. Januar. Über den Inhalt der von den beiden großen liberalen Fractionen des Abgeordnetenhauses projectierten Adressen an Se. Majestät den König ist bisher nur sehr Unbestimmtes an die Offenlichkeit gelangt; man kann daher auch noch kein bestimmtes Urtheil über denselben haben. Doch scheint nach neuesten Nachrichten in dem Entwurfe, der bisher die allgemeinste Zustimmung der Fraktionenmitglieder gefunden, nicht bloß, wie anfangs berichtet wurde, ausschließlich die Verfassungsfrage, sondern auch „die allgemeine Stimmung, die allgemeine Lage des Landes“ behandelt zu werden. Wenigstens muß man aus den Mittheilungen der Berliner Allgemeinen Zeitung, die da sagt, daß sie die Entwürfe kenne, darauf schließen. Die Eröffnungsrede des Ministerpräsidenten sowohl wie das übrige Verhalten der Regierung haben über die Lage unserer Verhältnisse nach dem 14. Januar kein neues Licht verbreitet. Sie ist ganz dieselbe wie vor dem Eröffnungstage. Man muß daher wünschen, daß das Abgeordnetenhaus bei der Entscheidung über den Inhalt einer an die Krone zu erlassenden Adresse diese Situation ganz klar im Auge behalte. Aus derselben ergibt sich aber, daß das Abgeordnetenhaus im Augenblick nur ganz positiv begründete Bedenken, über deren Thatbestand kein Zweifel obwaltet und

über deren Gerechtigkeit alle verfassungs- und gesetzestreuen Bürger des Landes eine einstimmige Überzeugung haben, vor den Thron zu bringen vermag als eine feierliche Verwahrung gegen dieselben sowohl wie als Appellation an das Staatsoberhaupt, in dessen Hand es gegeben ist, diesen Beschwerden Abhilfe zu verschaffen. Alle Wünsche müssen vorläufig schweigen. Es darf sich nur um Beobachtung des Rechtes des Landes, um Geschäftsmäßigkeit der Verwaltung handeln. Bei der Lage der Dinge verlangt das Volk von seinem Abgeordnetenhaus nur den gesetzmäßigen Schutz der Rechte und Gesetze des Landes. Das Volk weiß, daß das Abgeordnetenhaus nur hieraus allein zunächst seine ganze Kraft und Macht zu konzentrieren vermag. Daher soll es auch über die Grenze hinaus vorläufig nichts zu bewirken streben.

— (Kreuzztg.) Der Hauptmann a. D. und Rittergutsbesitzer Milczewsky zu Belzen und der Landtagsdeputierte Österroth zu Strellethin sind in den Adelstand erhoben worden.

— Der Prem.-Lieut. Maerker im 8. brandenburger Infanterie-Regiment Nr. 64, bisher Adjutant bei der 11. Infanterie-Brigade, ist von diesem Commando entbunden und zum Marine-Ministerium commandiert worden.

— Der Appellations-Gerichtspräsident v. Gerlach (Kreuzzeitungs-Rundschauer) soll, dem „Publicist“ zufolge, seine Pensionierung nachgesucht haben.

— Die bereits erwähnte Note des Staatsanzeigers in Betreff der dem Landtag zu machenden Vorlagen lautet ihrem wesentlichen Inhalte nach wie folgt: „Die Staatsregierung hat sich zunächst darauf beschränkt zu müssen geglaubt, vor Allem die endliche Erledigung der Militair- und Staatshaushalt-Fragen zu erstreben. Wenn nichtsdestoweniger die Absicht obwaltet, noch Gesetzesentwürfe von prinzipieller Wichtigkeit vorzulegen, so darf hierbei deren innerer Zusammenhang mit der Verfassungs- und Budgetfrage maßgebend gewesen sein. Die kurze Verzögerung der Vorlage aber beruht auf zufälligen und, wie jetzt zuversichtlich anzunehmen ist, bald vorübergehenden Umständen. Die Staatsregierung hat das Budget für 1863 unmittelbar nach Constitution des Abgeordnetenhauses vorgelegt; wenn die Befreiungsfähigkeit des Staats und der umfangreichen Anlagen durch den Druck nicht gleichzeitig beweigt war, so ist der auch in früheren Jahren eingetretene Verzug diesmal durch allgemein bekannte unvermeidliche Verhältnisse vollkommen erklärl, der Vorwurf einer Versäumniss Seitens der Regierung aber ungerechtfertigt. Die Einbringung des Gesetzes über die Dienstpflicht wird unverzüglich erfolgen, gewiß noch ehe die Budgetberatung in der Commission nach der hergebrachten Praxis auch nur in die ersten vorbereitenden Sitzungen getreten ist. Die Vorlage der Einnahmen und Ausgaben des Jahres 1862 behufs nachträglicher Billigung und Genehmigung wird sobald erfolgen, als die Materialien und Grundlagen für eine wirkliche Prüfung vorhanden sein werden. Eine frühere Vorlage würde rein illusorisch sein. Auch wird jeder Einsichtige es nur sachgemäß finden, daß die Regierung sich eingehende Erklärungen über ihr Verhalten in Bezug auf jenen Etat bis zu dem nahen Zeitpunkte vorbehält, wo sie auch im Stande sein wird, den vollständigen Nachweis darüber zu führen.“

— Die „B.-u.-P.-B.“ schreibt: Die durch offiziöse Correspondenten verbreitete Behauptung, Graf Rechberg habe eine Annäherung an Preußen mit der Absicht versucht, das Berliner Cabinet zu gemeinsamen Maßregeln gegen die Bewegungspartei zu bestimmen, findet hier in den bestunterrichteten politischen Kreisen, auch in den eigentlich ministeriellen,

und Sorgen seines schweren Amtes in „Wallner's Theater“ erholt und über die „Posse“ herzlich lacht. Es war ein Schauspiel im Schauspiel, als der große Staatsmann im Zwischenact den ebenfalls anwesenden österreichischen Gesandten Grafen Karolyi in seiner Loge aussuchte, um mit ihm sein Urtheil über Helmering, Neusche und die übrigen Komödien der Bühne freundlichlich auszutauschen. Die kleine Posse: „Ein Berliner in Wien“ von Langer und Kalisch, welche zufällig an diesem denkwürdigen Abende gegeben wurde, erhielt eine historische Bedeutung, indem sie im völligem Einverständnisse von Österreich und Preußen applaudiert wurde. Die weiteren Folgen dieser wichtigen Zusammenkunft und ihren Einflusses auf die Geschichte der Welt, auf die Zukunft Deutschlands, auf das Delegirtenproject, auf das Los der armen Herzogthümer Schleswig-Holstein wagen wir nur schüchtern anzudeuten. — Auch die Vorstellungen des Professors Roman, der im „Hotel de Russie“ das Publikum durch seine Taschenspielerkünste in Erstaunen setzt, verdienen die Anerkennung, die ihnen von allen Seiten zu Theil wird. Unser Finanzminister soll bereits Unterhandlungen mit dem Künstler angeknüpft haben, der ein leerer Gefäß mit Goldstücken zu füllen versteht, ohne daß er nötig hat, eine Anteile zu machen. Aber der Sauberer läßt auch Ringe, Uhren und selbst größere Gegenstände mit bewunderungswürdiger Geschicklichkeit verschwinden. Das Nonplusultra seiner Leistungen besteht jedoch darin, daß er einen vollkommen erwachsenen Menschen vor unsern Augen von der Bühne auf die Galerie „versetzt“. Beim Aufblick dieser außerordentlichen Production meinte ein anwesender Staatskünstler: „Das ist nichts Neues, im Interesse des Dienstes verlegen wir schon lange, nicht von der Bühne auf die Galerie, sondern sogar von Coblenz nach Gumbinnen.“ — Wie man hört, beabsichtigt der Feldmarschall Wrangel seine Memoiren zu schreiben, die gewiß in stilistischer und grammatischer Beziehung großes Aufsehen erregen werden. Bekanntlich schrieb auch Friedrich der Große nicht immer orthographisch richtig und ließ von sei-

nem Kaiserling und von Voltaire seinen Styl verbessern; was der Letztere mit dem Ausdrucke bezeichnete: „die schmuse Wäsche des Königs waschen.“ — Vater Wrangel ist gegenwärtig eine der interessantesten und originellsten Figuren am Berliner Hofe und erfreut sich außerdem einer großen Popularität — bei der Berliner Jugend. Wenn man in Berlin einem ältesten Herrn in Generalsuniform begegnet mit länglichem Gesicht, kleinem grauen, in die Höhe gedrehten Schnurbart, rechts und links grüßend, niederkniedig und mit den Händen winkend, seine Bütze zu einem freundlichen Lächeln verziehend, besonders wenn er einer schönen Dame begegnet, stets umringt von einem fröhlichen Kinderschwarm, der juvelnd hinter ihm dreinzieht — so wird man nicht irren, wenn man die charakteristische Erscheinung für den berühmten Wrangel hält. Unzählige Anecdoteen curstren von dem alten, gemütlichen Herrn, der sich ein jugendliches und für alles „Schöne“ empfängliche Herz bewahrt hat. Aber nicht bloß als Held und Mensch, sondern auch als Staatsmann spielt Vater Wrangel in der neuesten Zeit eine bedeutende Rolle, obgleich er seine diplomatische Größe geschickt hinter der harmlosen Maske zu verbergen weiß. Von gut unterrichteter Seite wird ihm nämlich ein bedeutender Einfluß auf unsere inneren Verhältnisse zugeschrieben und das gegenwärtige Ministerium für sein Kind erklärt. Er selbst lehnt zwar bescheiden diese Ehre ab und wird auch von Eingeweihten nur für den Patrioten oder vorgesetzten Vater gehalten, während der wirkliche in noch höheren Regionen zu suchen sei. Jedemfalls werden die Memoiren Wrangels einen interessanten Beitrag zur geheimen Geschichte unserer Tage liefern, wenn sie überhaupt geschrieben werden, was vorläufig aus verschiedenen Gründen bezweifelt werden muß.

Man erzählt sich in Berlin eine Anecdote von einem bekannten, längst verstorbenen Schauspieldirector, der sich besonders dadurch auszeichnete, daß er Lesen und Schreiben für einen überflüssigen Luxus hielt. Derselbe befand sich in einer Gesellschaft, wo über irgend eine Frage schriftlich abgestimmt

nicht den mindesten Glauben. Es verlautet im Gegentheil, Graf Rechberg habe Andeutungen gemacht, wie die bestehende Bundesverfassung dadurch populärer und den nationalen Wünschen entsprechenden gestaltet werden könnte, daß die Einheits- und Freiheitsbestrebungen in den deutschen Stämmen von der Bundesvertretung selbst geleitet würden. Dies soll in sehr bestimmter Weise von dem Wiener Cabinet erst in der neuesten Zeit, als es sich um Verzichtleistung auf das Delegiertenprojekt handelte, zunächst bei den Interessenten dieses Reformplanes, den sogen. Würzburger Staaten, angeregt, dann aber auch zur Kenntnis der preußischen Regierung gebracht, diesseits aber mit Rücksicht auf die Bundesgrundverträge und die in diesen für die Zuständigkeit des Bundes gebenen Grenzen einer näheren Erörterung nicht unterzogen worden sein.

— Das Ministerverantwortlichkeitsgesetz, welches das Ministerium einzubringen beabsichtigt, soll, wie verlautet, von dem Entwurf des Herrn v. Bernuth sehr wesentlich abweichen. Das Recht, die Minister anzuklagen, soll ausschließlich dem Abgeordnetenhaus beigelegt, das Herrenhaus dagegen zum competenten Gerichtshofe bestimmt werden. Damit wäre uns denn allerdings vollständig geholfen.

— Von der Einbringung der schon durchberathenen und im Herrenhause schließlich gescheiterten Vorlage wegen Aufhebung der Pässe und Aufenthaltskarten verlautet gar nichts mehr. Die Schlussrede vom Oct. ber. v. J. verhielt Besserungen im Verwaltungsweg. Diese sind nicht nur nicht erfolgt, sondern hier in Berlin sind alte Fremden-Controlbestimmungen wieder aufgeschischt worden, und dazu hat die „Neue Pr. Btg.“ noch gemeldet, daß Seitens des Ministers des Innern neue Vorlagen nicht zu erwarten seien.

— Die gegen den Hauptmann a. D. Pütter eingeleitete ehrengerichtliche Untersuchung, schreibt die Bess. Btg., verdient die Aufmerksamkeit der Presse wie des ganzen gebildeten und denkenden Publikums um so mehr, als sie ein bisher nicht dagewesenes Beispiel constatirt. Ehrengerichtliche Prozesse gegen Landwehr-Offiziere sind freilich zur Zeit nicht selten; jedoch waren sie bisher nur gegen Handlungen gerichtet, deren Wohlbeliebigkeit der jewigen Regierung gegenüber bekannt war. Ganz etwas Anderes bedeutet aber die ehrengerichtliche Verfolgung eines längst aus jedem Heeresverbande ausgeschiedenen Mannes wegen eines wissenschaftlichen Vortrages, der den patriotischen Zweck hatte, in einer geschlossenen Gesellschaft gesunde militärische Anschauungen über das Heerwesen zu verbreiten, dadurch vorerst in kleinerem Kreise den Anstoß zu einer allseitig befriedigenden Beilegung eines albellagten Conflictes zu geben und zum inneren Frieden nach besten Kräften und Wissen beizutragen. So ein Fall ist noch nicht dagewesen.

— Der „Schl. B.“ wird geschrieben: Die Schwierigkeiten einer practischen Durchführung des Anklageactes gegen das Ministerium führten viele Abgeordnete zu dem Vorschlag, eine Staatschrift zu entwerfen, welche den rechtslosen Zustand getreu schildernd, dem Land und Europa Rechenschaft über die Beschlüsse der Volksvertretung gegenüber der Krone und dem Herrenhause geben soll. Die gemäßigte liberale Partei des Abgeordnetenhauses wünscht diese Staatschrift den Cabinetten und dem Bundestage (selbstverständlich in der Eigenschaft von Privatpersonen) zu übermitteln.

— An der Börse befand sich vom Telegraphen-Amte folgender Anschlag: Die Leitungen nach Köln, Belgien, England, Frankfurt a. M., Süddeutschland und Frankreich sind unterbrochen. Verständigung nur mit Königsberg, Stettin, Hamburg, Hannover, Halle, Leipzig, Dresden (resp. Wien), Breslau und Myslowitz für Galizien. Auf prompte Beförderung ist nicht zu rechnen.

— In dem Auditorium Nr. 6 der Universität fand eine allgemeine Studentenversammlung statt, um über eine am 3. Februar zu veranstaltende Feier zu berathen. Es mochten etwa 700 anwesend sein. Zunächst wurde der Vorschlag des provisorischen Comité's, den 3. Februar und nicht den 17. März zum Tage der Feier zu wählen, angenommen. Ein Antrag, das Fest als fünfzigjähriges Jubelfest der Gründung der Landwehr zu begehen, wurde abgelehnt. Angenommen wurde der Antrag, dem Fest keinen politischen Charakter zu geben. (?) Darauf wurde zur Wahl eines Präsidenten für das Fest geschritten und von jeder Fakultät drei Vertreter für das Comité gewählt, welches mit dem Arrangement der Feierlichkeiten im Einzelnen betraut wurde. Das Comité hat eine Eingabe an Rector und Senat gemacht, der Studentenschaft die Genehmigung zu einem festlichen Aufzuge nach dem Nationaldenkmal auf dem Kreuzberg am 3. Februar und zum Rückmarsch von da im Fackelzuge, sowie zu einem solennem Commers am Abend des Tages nicht zu versagen.

wurde. Unter den eingegangenen Betteln befand sich ein unbeschriebener. „Den hat, sagte der ebenfalls anwesende Schauspieler Beckmann mit gewohntem treffenden Witz, kein anderer Mensch, als mein Director — geschrieben.“ Ein anderes Mal, als der Herr Director einen wichtigen Brief erhalten und wie gewöhnlich seine Brille wieder vergessen hatte, ersuchte er den gerade bei ihm verweilenden Beckmann, ihm das Schreiben vorzulesen. Als dieser an eine Stelle gelangt war, welche ihm und aller Welt ein Geheimniß bleiben sollte, stürzte der Herr Director plötzlich auf ihn los und hielt ihn — die Ohren zu, damit jener nicht hören sollte, was er las. So erzählte der witzige Beckmann selbst, ohne daß wir uns für die Wahrheit des Factums verbürgen wollen und können.

Das größte Aufsehen erregte in dieser Woche die Prozeßverhandlung gegen den bekannten Herrn Lafalle, der wegen eines im Handwerkerverein der Oranienburger Vorstadt gehaltenen Vortrags „über den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes“ vor Gericht stand. Die Staatsanwaltschaft hat in dem Inhalt seiner Rede den Thatbestand der Gefährdung des öffentlichen Friedens gefunden und deshalb die Anklage erhoben, indem sie Herrn Lafalle beschuldigte, die beispielos Klassen der Staatsangehörigen zum Hass und zur Verachtung der bestigenden Klassen angereizt zu haben, trotzdem derselbe nur einen „rein wissenschaftlichen“ Vortrag gehalten zu haben behauptete. In diesem Sinne vertheidigte er sich auch in einer dreistündigen Rede, wie sie schon seit langer Zeit nicht vor Gericht gehalten worden ist und zwar mit einer Rücksichtslosigkeit, welche vereint mit den Protesten des Präsidenten Stadtgerichtsraths Pielchen und des Staatsanwalts Golt gegen die Angriffe des Herrn Lafalle einen wahrhaft dramatischen Charakter der ganzen Verhandlung verlieh. Der Angeklagte wurde selbst zum Ankläger, indem er die Staatsanwaltschaft beschuldigte, die Verfassung

— Die für die auswärtigen Abonnenten bestimmte Abendausgabe der „Berliner Reform“ (Nr. 17) ist wegen des Leitartikels „Defensive und Offensive“ polizeilich mit Beschlag belegt worden. Die für die hiesigen Abonnenten bestimmte Ausgabe ist ohne den beanstandeten Leitartikel erschienen.

— Der Gesamtbetrag der bis jetzt veröffentlichten Liste des Nationalfonds beläuft sich auf 81,080 Thlr. 25 Sgr. 4 Pf.

Stettin, 21. Januar. (N. St. B.) Da der gestrige Stadtverordnetenstag rief ein Antrag der Herren Dr. H. Schröder, Lemm, Dr. Ameling und Dr. Wasserfuhr, die Verfammlung möge eine Commission ernennen, in welcher Weise die Jubelfeier der nationalen Erhebung Preußens und die Errichtung der Landwehr im Jahre 1813 Seiten der städtischen Behörden zu begehen sei, eine längere Debatte hervor. Herr Dr. Wasserfuhr hob hervor, daß es bei der kläglichen Lage, in welcher der preußische Staat sich jetzt befindet, bedenklich erscheinen könne, ob die städtischen Behörden sich bei dieser Feier beiheiligen sollten, allein da der König selbst eine Feier angeordnet, der Cultusminister eine solche in Kirche und Schule vorgeschrieben und der Kriegsminister es auch an militärischen Aufzügen nicht fehlen lassen werde, so könnte man es als Indifferentia auslegen, wenn die städtischen Behörden kein Lebenszeichen von sich gäben. Herr Geheimrat Dr. Steffen meint, eine solche Feier sei jetzt eigentlich unpassend; er sei ein alter freiwilliger Jäger und müsse daran erinnern, daß die heutige Zeit sich nicht in die Empfindungen jener Tage zurückversetzen könne. Damals sei König und Volk eins gewesen, heute nicht, ein gewaltiger Riß, ein tiefer Zwiespalt trenne das Volk von seinem König; damals habe ein gemeinsamer Grundton, ein vollständiger Accord der Uebereinstimmung alle Preußen durchdrungen, heute werde Alles gethan, um jenen Einfluss zu zerstören. Er und seine Kameraden würden zwar das Fest feiern, aber dabei ganz von der Feier absehen, und sich in die Tage der Jugend, in die Tage jener großen Erhebung zurückversetzen. Herr Stahlberg ist derselben Ansicht, welcher Herr Dr. Ameling entgegentritt, indem er behauptet, daß gerade eine würdige Feier des Jubelfestes notwendig erscheine, um die jewige Generation auf jene Zeit hinzuweisen, in welcher kein Klirrklang vorhanden, und um die nötige Stärkung für die bevorstehenden Kämpfe zu erhalten, denen wir voraussichtlich entgegen gingen, die noch für lange Zeit alle unsere Energie in Anspruch nehmen würden. Auch Herr Haler ist dieser Ansicht. Der jewigen volksfeindlichen Regierung müsse man zeigen, wie das Volk damals gehandelt, das seinen König zurückgerufen. Man beabsichtigt jetzt von oben eine Feier, bei welcher nur Leute mit Glacishandschuhen zugelassen würden, das sei aber eine Schmach für die alten hilfsbedürftigen Krieger; kein Staat lasse seine alten Veteranen so darben, als Preußen, daher sei es Sache des Volkes, einzuschreiten, wenn von anderer Seite nicht das Genügende geschiehe. Nachdem noch mehrere Redner sich an der Debatte beteiligt, wird der Antrag, eine Commission zu wählen und dieser das „Ob“ und „Wie“ der Feier zu überlassen, genehmigt. Zu derselben werden gewählt die Herren Dr. Ameling, Haler, Holland, Lüderitz, Professor Schmidt, Stahlberg, Dr. Steffen, Dr. Wasserfuhr.

Frankfurt a. M., 19. Januar. „Europe“ sagt: Die Krisis der französischen Bank kann für alle übrigen Länder schwere Folgen haben. Der Baarvorrath der Bank, welcher in einem Monat um 51 Millionen abgenommen hat, verringert sich mit jedem Tage, so daß derselbe jetzt weniger als 240 Millionen, also weniger als in der großen Krisis von 1857, beträgt.

#### England.

— Am Sonnabend fanden in London drei und gestern eben so viele Feuersbrünste statt.

#### Italien.

— Der Marchese Ricci hat schließlich doch das Cabinet verlassen. Der Gang der Sache ist so bezeichnend für den steten und ständigen Fortschritt der parlamentarischen Form des italienischen Einheitsstaates, daß wir etwas genauer darauf eingehen wollen. Der Marineminister saß für den dritten Wahlbezirk Genues im Abgeordnetenhouse. Nun sind die Genueser augenblicklich mit und ohne Grund gereizt gegen die Regierung in Turin: der neue italienisch-französische Handelsvertrag will den Rhedern und Kaufleuten zu günstig für Frankreich bedürfen, der Garibaldi'sche Aufhang ist missvergnügt über Pernigis Strenge in Betreff der unter Rattazzi aufgelösten Emancipationsvereine; die Trommen sind verstimmt über die Wirren mit Rom, die Mazzinisten über die Geduld, die man mit der weltlichen Papsttherrschaft noch hat. Als Ricci nach seinem Eintritte ins Cabinet sich der

und zwar den Artikel 20 derselben verlegt zu haben, welcher lautet: „Die Wissenschaft und ihre Lehre sind frei.“ Die Anklage sei ein schlimmes Zeichen der gegenwärtigen Zustände, ihre Erhebung halte er für ungerechtfertigt und gesetzwidrig. Der Präsident unterbrach hier den Angeklagten mit der Bemerkung, daß er durch derartige Neußerungen die Grenzen der erlaubten Vertheidigung überschreite. „Natürlich, rief der Angeklagte, muß ich Sie der Verfassungsverlegung und der Gesetzwidrigkeit beschuldigen. Wo bleibt sonst meine Vertheidigung?“ Der Präsident erklärte, daß er dem Angeklagten, wenn er sofort fahre, das Wort entziehen müsse; der Angeklagte erwiderte, daß ihm dann nichts übrig bleibe, als sich mit über der Brust getrennten Armen verurtheilen zu lassen. Seine folgende Vertheidigung war, wie bereits bemerkt, ein Meisterstück gerichtlicher Beredsamkeit, reich an Geist, Scharfsinn und kühnen Behauptungen. Nichts desto weniger wurde Herr Lafalle zu einer viermonatlichen Gefängnisstrafe wegen des angeführten Verbrechens von dem Gerichts Hof verurtheilt. — Minder glänzend steht Herr Lafalle in seinem Auftritt auf den allgemein geachteten Redakteur der hiesigen Volkszeitung da. Wie es scheint, verfolgt ihn ein eigner Unstern, indem sich der Scandal an die Fersen des talentvollen und interessanten Mannes fest fasst. Vor mehreren Jahren trat Herr Lafalle als der Befürworter einer der hohen Aristokratie angehörigen Dame auf und sah sich in den damals so großen Aufsehen erregenden Cassette-Diebstahl-Prozeß verwickelt. In Berlin wurde er der Haussfreund einer angesehenen Familie, deren Friede und Ruhe vielfach durch eine unangenehme Begegnung des Herrn Lafalle mit einem zweiten Haussfreunde gestört wurde, welche mit einer Prügelei auf offener Straße und mit einem ebenfalls traurigen Prozeß endete. Später erschien Herr Lafalle an der Seite zweier Damen, von denen die Eine die Nichte des berühmten Barnhagen war, im Victoria-Theater, wo er wegen der Pläne mit einem andern Herrn in Streit geriet und gezwungen wurde, das Theater

Neuwahl unterwerfen mußte, erschien im dritten Bezirk nicht die nötige Wählerzahl. Ricci schrieb dem Conseil-Präsidenten: „Ein constitutioneller Minister kann seine Pflicht nicht erfüllen, wenn er nicht gleichzeitig das volle Vertrauen des Königs und der Kammer besitzt. Durch strenge und redliche Befolgung dieses Grundsatzes ist das parlamentarische System in England zu so hoher Vollendung gediehen. Ich muß annehmen, daß das Vertrauen meiner Wähler abgenommen hat, da ich in Betreff meiner Wahl im dritten Wahlkreise zu Genau erfahre, daß dieselbe nicht gegückt ist, sondern der Ballotage unterworfen werden muß. Demnach lasse ich, treu den obigen Grundsätzen, Ihnen mein Entlassungsgebot zu zählen und bitte Sie, Sr. Majestät dasselbe definitiv und unverzüglich als einen nothwendigen und unverwerflichen Schritt vorzustellen.“ Ricci hat dieses Schreiben mit einem Begleitbriefe in der „Opinione“ veröffentlicht lassen, und ward dazu durch den Zwischenfall veranlaßt, daß er sich auf Bureden seiner Freunde und seines Bruders, des ehemaligen Ministers des Innern, hatte bewegen lassen, zu versprechen, er wolle im Amt bleiben, wenn die Genueser recht zahlreich sich bei der zweiten Abstimmung beitreten würden. Der König aber, der darum nicht gewußt zu haben scheint, schickte am 15. ins Marineministerium das Decret, wonach Riccis Entlassung angenommen wurde; Ricci nahm stehenden Fußes aus seinem Schreibstube einige Privatbriefe heraus, rief seinen General-Secretär Longo, sagte: „Hier übergebe ich Ihnen das Marine-Portefeuille“, steckte seine Briefe in die Rocktasche und ging. Allem Anschein nach wird Longo sein Nachfolger.

Danzig, den 22. Januar.

\* Heute Vormittag fand vor dem Herrn Polizeirichter Koch die Verhandlung gegen diejenigen Unterzeichner der in Nr. 1563 dieser Zeitung veröffentlichten Aufrichter zu Beiträgen zum Nationalfond statt, welche auf richterliche Entscheidung angetragen hatten, nämlich gegen die Herren Dr. Lievin, Lipke, Rickert, B. Rosenstein und v. Rottenburg statt. Gleichzeitig war auch gegen den Verleger dieser Zeitung, A. W. Kafemann, als Verbreiter jenes Aufrufs ein Strafantrag gestellt. Der Herr Polizeianwalt beantragte, nachdem er kurz ausgeführt, daß es sich bei dem in Redde stehenden Aufrufe um eine Collecte und um milde Beiträge handele, und daß die Regierungs-Verordnung vom 6. April 1852 auf diesen Fall Anwendung finde, gegen sämmtliche Obengenannten eine Geldbuße von 2 Thlr. Die Herren Dr. Lievin und Rechtsanwalt Lipke führten aus: 1) daß die Beiträge zum Nationalfond in seinem Falle milde Beiträge genannt werden könnten, da die Bürger des Staats mit Herz und Seele derselben nur eine unzweifelhaft feststehende Pflicht gegen diejenigen erfüllten, die in dem Kampf für die Rechte des Volkes Schaden litten; 2) daß die Regierung zur Publication der Verordnung vom 6. April 1852 nicht befugt war. Nach § 6 i und 12 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 gehören zu den Gegenständen ortspolizeilicher Vorchristen, so wie derjenigen der Bezirksregierungen nur solche, die im besonderen Interesse der Gemeinden und deren Angehörigen polizeilich geordnet werden müssen, resp. deren polizeiliche Regelung durch die Verhältnisse der Gemeinde oder des Bezirks erforderlich ist. Hierunter könnten doch offenbar nur solche Angelegenheiten verstanden werden, welche die Gemeinden als solche angingen, d. h. Gemeindeangelegenheiten. Außerdem kamen nach dem Wortlaut jenes Gesetzes vom 11. März 1850 nur in Bezug auf solche Angelegenheiten von der Polizei Anordnungen getroffen werden, deren Regelung polizeilich geschehen muß, d. h. zu deren Regelung die Polizei ein ausschließliches gesetzliches Recht hat. Da nun die Sammlungen zum Nationalfond weder eine besondere Gemeindeangelegenheit seien, noch ein Gegenstand, dessen polizeiliche Regelung gesetzlich erforderlich werde, und da ferner nach § 17 des Gesetzes vom 11. März 1850 der Polizeirichter die gesetzliche Gültigkeit von polizeilichen Vorschriften zu prüfen habe, so geht hieraus hervor, daß die Regierungs-Verordnung vom 6. April 1852 für den Polizeirichter nicht verbindlich sei. — Der Herr Polizeirichter, welcher sofort nach Schluss dieser Ausführungen erkannte, stellte fest: 1) daß die Beiträge zum Nationalfond als milde Beiträge anzusehen und daraus also auch die Bestimmungen über Collecten Bezug hätten und 2) daß die §§ 6 und 12 des Gesetzes vom 11. März 1850 lediglich nur Gemeindeangelegenheiten in das Bereich polizeilicher Regelung stellen, daß vielmehr die Befugnis der polizeilichen Regelung sich auf das erstrecke, was überhaupt im Interesse der Gemeinde resp. Bezirksangehörigen, polizeilich zu ordnen sei. Da dem Richter nur eine Prüfung der gesetzlichen Gültigkeit der Reg.-Verordn. vom 6. April 1852

zu verlassen, um den Misshandlungen des aufgebrachten Publikums zu entgehen. Auch in seinen literarischen Feinden zeigt Herr Lafalle einen Mangel an Selbstbeherrschung und eine Rücksichtslosigkeit, wie sie sonst in der Schriftstellerwelt gänzlich unbekannt ist. Seine Broschüre gegen Julian Schmidt und sein letzter Angriff gegen Herrn Bernstein stimmt einen Ton an, der in schreiendem Contraste zu seiner wissenschaftlichen Bildung steht. Unwillkürlich erinnert Herr Lafalle durch seine extreme politische Richtung und durch seinen Geist an Bruno Bauer und dessen Freunde, die in letzter Zeit ein so klägliches Fiasco gemacht haben.

Ein zweiter nicht minder interessanter Prozeß wurde vor Gericht gegen den bekannten Verleger der allgemein verbreiteten „Gartenlaube“ wegen der vielbesprochenen Novelle „Über den Untergang der Amazonen“ verhandelt. (Über diesen haben wir bereits ausführlich berichtet. D. R.)

So reich an interessanten Prozessen, so arm war diese Woche an theatralischen Novitäten. Nur die Friedrich-Wilhelmstädtische Bühne brachte ein neues größeres Lustspiel „Die Verschwörer“ von Hermann Hirsch, dem bekannten Verfasser der „Anne-Liese“. Die Handlung beruht auf der unschuldigen Verschwörung eines jungen Chemikers mit seinem Freunde, einem schlauen Advokaten, um sein übermäßiges, adelsstolzes Weib durch allerlei kleine Intrigen zu bessern und zur Kunst zu bringen. Wenn auch nicht besonders originell, so erfüllt das genannte Lustspiel vollkommen seinen Zweck, durch heitere Laune und komische Situationen das Publikum zu amüsieren, wozu die gute Darstellung redlich das Thrigie mit beitrug. Ein Versuch, den englischen Box-Kampf im Circus Carré hier heimisch zu machen, erreichte trotz aller dabei angewendeten Vorsicht ein schnelles Ende, indem einer der Boxer dem andern durch einen unglücklichen Schlag das Schlässelbein zerbrach, was für beide Theile gleich unangenehme Folgen haben kann, indem sich wahrscheinlich die Staatsanwaltshaft einmischt.

Max Ring.



# Berliner Börse vom 21. Januar 1863.

## Eisenbahn-Aktionen.

Dividende pro 1861.	
Aachen-Düsseldorf	3½ 3½ 90½ B
Aachen-Maastricht	0 4 34½ b3
Amsterdam-Rotterd.	5½ 4 97 b3
Bergisch-Märk. A.	6½ 4 106½ b3
B. —	4 4 —
Berlin-Anhalt	8½ 4 144½ b3
Berlin-Hamburg	6 4 124 b3
Berlin-Potsd.-Mgd.	11 4 185½ b3
Berlin-Stettin	7½ 4 135½ b3
Böh. Westbahn	— 5 73½ 72½ 73½ b3
Bresl.-Schw.-Freib.	6½ 4 125 b3
Kriegs-Nieße	3½ 4 82½ b3
Görl.-Winden	12½ 3½ 177 b3
Cosel-Oderb. (Wilh.)	0 4 63½ b3
do. Stamm-Pr.	4½ 4 95½ B
do. do.	5 5 98½ b3
Ludwigsh.-Werbach	8 4 140½ B
Magdeb.-Halberstadt	22½ 4 269 b3
Magdeburg-Leipzig	17 4 —
Magdeb.-Wittenb.	1½ 4 63½ b3
Mainz-Ludwigshafen	7 4 126 b3 u G
Meddenburger	2½ 4 65½ b3
Münster-Hammer	— 4 98½ b3
Niederschl.-Kreisbach	— 4 98½ B
do. do.	14 4 78 b3

Dividende pro 1861.	
Nordb., Friedr. Wilh.	3 4 66½ — ½ b3
Oberschl. Litt. A. u. C.	7½ 3½ 159½ 58½ 596½
Litt. B.	7½ 3½ 138 b3
Oester.-Kra.-Staatsb.	6½ 5 135 — ½ b3
Oppeln-Tarnowit.	½ 4 63½ 62½ 63½ b3
P. W. (Steele-Böh.)	½ 4 61½ b3
Rheinische	5 4 100½ — ½ b3
do. St. Prior.	5 4 105½ b3
Rhein-Nahebahn	0 4 33 b3
Rht.-Cref.-K.-Glaßb.	½ 3½ 96 B
Russ. Eisenbahnen	5 117 b3
Szargard-Posen	4 3½ 109½ b3
Desterr. Südbahn	8½ 5 156 b3
Thüringer	6½ 5 125½ b3

## Bank- und Industrie-Papiere.

Dividende pro 1861.	
Preuß. Bank-Anteile	4½ 4½ 125 b3
Berl. Kassen-Verein	5½ 4 116½ G
Pom. R. Privatbank	5½ 4 98 G
Danzig	6 4 106 et b3 u G
Königsberg	5½ 4 100 G
Posen	5½ 4 98½ G
Magdeburg	4½ 4 9½ B
Disc.-Comm.-Anteile	6 4 97 b3 u G
Berliner Handels-Ges.	5 4 100 b3 u G
Desterr. Reich	7½ 5 98½ 97½ b3 u G

## Bank- und Industrie-Papiere.

Dividende pro 1861.	
Preuß. Bank-Anteile	4½ 4½ 125 b3
Berl. Kassen-Verein	5½ 4 116½ G
Pom. R. Privatbank	5½ 4 98 G
Danzig	6 4 106 et b3 u G
Königsberg	5½ 4 100 G
Posen	5½ 4 98½ G
Magdeburg	4½ 4 9½ B
Disc.-Comm.-Anteile	6 4 97 b3 u G
Berliner Handels-Ges.	5 4 100 b3 u G
Desterr. Reich	7½ 5 98½ 97½ b3 u G

## Bank- und Industrie-Papiere.

Dividende pro 1861.	
Preuß. Bank-Anteile	4½ 4½ 125 b3
Berl. Kassen-Verein	5½ 4 116½ G
Pom. R. Privatbank	5½ 4 98 G
Danzig	6 4 106 et b3 u G
Königsberg	5½ 4 100 G
Posen	5½ 4 98½ G
Magdeburg	4½ 4 9½ B
Disc.-Comm.-Anteile	6 4 97 b3 u G
Berliner Handels-Ges.	5 4 100 b3 u G
Desterr. Reich	7½ 5 98½ 97½ b3 u G

## Bank- und Industrie-Papiere.

Dividende pro 1861.	
Preuß. Bank-Anteile	4½ 4½ 125 b3
Berl. Kassen-Verein	5½ 4 116½ G
Pom. R. Privatbank	5½ 4 98 G
Danzig	6 4 106 et b3 u G
Königsberg	5½ 4 100 G
Posen	5½ 4 98½ G
Magdeburg	4½ 4 9½ B
Disc.-Comm.-Anteile	6 4 97 b3 u G
Berliner Handels-Ges.	5 4 100 b3 u G
Desterr. Reich	7½ 5 98½ 97½ b3 u G

## Bank- und Industrie-Papiere.

Dividende pro 1861.	
Preuß. Bank-Anteile	4½ 4½ 125 b3
Berl. Kassen-Verein	5½ 4 116½ G
Pom. R. Privatbank	5½ 4 98 G
Danzig	6 4 106 et b3 u G
Königsberg	5½ 4 100 G
Posen	5½ 4 98½ G
Magdeburg	4½ 4 9½ B
Disc.-Comm.-Anteile	6 4 97 b3 u G
Berliner Handels-Ges.	5 4 100 b3 u G
Desterr. Reich	7½ 5 98½ 97½ b3 u G

## Bank- und Industrie-Papiere.

Dividende pro 1861.	
Preuß. Bank-Anteile	4½ 4½ 125 b3
Berl. Kassen-Verein	5½ 4 116½ G
Pom. R. Privatbank	5½ 4 98 G
Danzig	6 4 106 et b3 u G
Königsberg	5½ 4 100 G
Posen	5½ 4 98½ G
Magdeburg	4½ 4 9½ B
Disc.-Comm.-Anteile	6 4 97 b3 u G
Berliner Handels-Ges.	5 4 100 b3 u G
Desterr. Reich	7½ 5 98½ 97½ b3 u G

## Bank- und Industrie-Papiere.

Dividende pro 1861.	
Preuß. Bank-Anteile	4½ 4½ 125 b3
Berl. Kassen-Verein	5½ 4 116½ G
Pom. R. Privatbank	5½ 4 98 G
Danzig	6 4 106 et b3 u G
Königsberg	5½ 4 100 G
Posen	5½ 4 98½ G
Magdeburg	4½ 4 9½ B
Disc.-Comm.-Anteile	6 4 97 b3 u G
Berliner Handels-Ges.	5 4 100 b3 u G
Desterr. Reich	7½ 5 98½ 97½ b3 u G

## Bank- und Industrie-Papiere.

Dividende pro 1861.	
Preuß. Bank-Anteile	4½ 4½ 125 b3
Berl. Kassen-Verein	5½ 4 116½ G
Pom. R. Privatbank	5½ 4 98 G
Danzig	6 4 106 et b3 u G
Königsberg	5½ 4 100 G
Posen	5½ 4 98½ G
Magdeburg	4½ 4 9½ B
Disc.-Comm.-Anteile	6 4 97 b3 u G
Berliner Handels-Ges.	5 4 100 b3 u G
Desterr. Reich	7½ 5 98½ 97½ b3 u G

## Bank- und Industrie-Papiere.

Dividende pro 1861.	
Preuß. Bank-Anteile	4½ 4½ 125 b3
Berl. Kassen-Verein	5½ 4 116½ G
Pom. R. Privatbank	5½ 4 98 G
Danzig	6 4 106 et b3 u G
Königsberg	5½ 4 100 G
Posen	5½ 4 98½ G
Magdeburg	4½ 4 9½ B
Disc.-Comm.-Anteile	6 4 97 b3 u G
Berliner Handels-Ges.	5 4 100 b3 u G
Desterr. Reich	7½ 5 98½ 97½ b3 u G

## Bank- und Industrie-Papiere.

Dividende pro 1861.	
Preuß. Bank-Anteile	4½ 4½ 125 b3
Berl. Kassen-Verein	